

# Die AfD und ihre Desiderius-Erasmus-Stiftung

von Johannes Schillo

*Auf dem Augsburger Parteitag der AfD im Juni 2018 wurde ein längerer Streit entschieden: Die Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. (DES) – und nicht das konkurrierende, mit dem Namen Gustav Stresemann verbundene Unternehmen – ist jetzt offiziell als parteinahe Stiftung anerkannt. Mit dieser Entscheidung, heißt es auf der Stiftungs-Website (erasmus-stiftung.de), „kann die Arbeit für eine alternative politische Bildung weiter ausgebaut und auf eine gesellschaftliche Breitenwirkung hingearbeitet werden“. Dazu ein Kommentar von Johannes Schillo.*

„Auf die linke Revolution der Eliten folgt eine konservative Revolution der Bürger. Wir unterstützen diese Revolution und sind ihre Stimme in der Politik.“ (FAZ, 9.1.2018) Das ist kein Statement von Björn Höcke oder Alexander Gauland, das stammt aus dem konservativen Manifest Alexander Dobrindts vom Jahresanfang und könnte so natürlich auch in der Selbstdarstellung der neuen parteinahen Stiftung stehen, mit deren Breitenwirkung die AfD das deutsche Volk beglücken will. In dem Statement ist alles versammelt, was auch die Stiftung will: eine linke kulturelle Hegemonie überwinden, als Aufstand von unten gegen das politische Establishment und gnadenlose Abrechnung mit denen da oben, die jetzt mit einer ernstzunehmenden politischen Kraft, die der schweigenden Mehrheit eine Stimme gibt, konfrontiert werden – dabei gleichzeitig anspielend auf die „Konservative Revolution“ der Weimarer Zeit, die der Neuen Rechten und ähnlichen Radikalen heute als Vorbild dient.

An diese Übereinstimmung mit dem konservativen Zeitgeist muss man erinnern, wenn jetzt von verschiedenen Seiten die Etablierung der AfD-nahen politischen Stiftung als besorgniserregendes, exzentrisches, „bizarres“ (Mout 2018) Projekt dargestellt wird – wenn es etwa aus der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) heißt, mit diesem Engagement in der Bildungsarbeit werde der Bock zum Gärtner gemacht (Olberg 2018). Vom Standpunkt einer politischen Bildung aus, die sich der Aufklärung verpflichtet weiß, mag dieser Vorwurf zutreffen. Wenn man jedoch den Mainstream der politischen Kultur betrachtet, muss man leider konzedieren, dass das Erasmus-Projekt durchaus stromlinienförmig angelegt ist. Und das ist das eigentlich Besorgniserregende an diesem polit-pädagogischen Aufbruch!

## Ein volkspädagogischer Kraftakt

Die AfD ist, worauf das Auswege-Magazin bereits mehrfach hingewiesen hat (vgl. Schillo 2017b, 2018; GEW 2018), an politischer Bildung brennend interessiert. Die Partei will ja in

einem volkspädagogischen Kraftakt eine Fehlentwicklung korrigieren, die durch die kulturelle Hegemonie der Linken eingerissen und unter Merkel, speziell ihrer Flüchtlingspolitik vom Sommer 2015, vollendet worden sei: Große Teile des Volkes sind sich ihrer eigentlichen völkischen Qualität nicht bewusst, heißen wildfremde Notleidende willkommen und wollen nicht sehen, dass eine „feindliche Übernahme“ (Sarrazin, SPD) oder eine „irreversible Umvolkung“ (Boehringer, AfD) durch islamische Horden unterwegs ist; statt dessen lassen sie sich wegen gerade einmal 12 dunklen Jahren NS-Zeit – einem „Vogelschiss“ (Gauland) in der mehr als 1000jährigen deutschen Geschichte – von einem „Schuldkult“ beeindrucken, den nicht nur der Rechtsaußen Höcke mit einer 180-Grad-Wende der Erinnerungskultur kontern will.

Diese einschlägigen Tabubrüche der Alternativdeutschen sind bekannt, auch die Entrüstung, die sie provoziert haben. Doch muss man dagegen zunächst einmal in Erinnerung rufen, dass sie in der alten Bundesrepublik auch schon anerkannte Bedenken waren. Die NS-Erinnerungskultur, die den „Holocaust“ als singuläres, aufs Konto der deutschen Nation gehendes Verbrechen stilisiert, traf etwa auf den Einspruch von Franz-Josef Strauß oder Rudolf Augstein, teilweise sogar in schärferer Tonlage als bei Höcke. Mit der Wiedervereinigung galt es dann erst einmal, eine „verordneten Antifaschismus“ der DDR zu entsorgen und damit all die störenden Ideen, die die faschistische Herrschaft in Deutschland mit dem Kapitalismus in Verbindung brachten. Und bereits in den 1990er Jahren kam der Topos von der Renovierung der Erinnerungskultur auf. Ende des Jahrzehnts legte Staatsminister Michael Naumann Leitlinien über die Förderung von Gedenkstätten vor, die deren Arbeit mit einem „antitotalitären Konsens“ begründeten, das NS-Thema also schon zurückstufen bzw. in breitere Totalitarismus-Erfahrungen einordneten, die die deutsche Nation erleiden musste. 2014 entdeckte dann der historisch-politisch bildende Mainstream, dass Deutschland 100 Jahre zuvor, dank „schlafwandelnder“ Machthaber in allen europäischen Metropolen, in eine „Urkatastrophe“ gestürzt wurde, wobei ein kurzsichtiges Friedensdiktat den nächsten Irrweg programmierte, das Ganze also Deutschland zweimal entschuldigte. 2017 feierte man – so breit ist die Erinnerungskultur mittlerweile angelegt – 500 Jahre Reformation, d.h. Martin Luther, der mit explizit antisemitischen Äußerungen hervorgetreten war, die man ihm aber heute, angesichts seiner sonstigen Verdienste, verzeiht.

Ab den 1990er Jahren war Deutschland auch wieder real auf verschiedenen Schlachtfeldern unterwegs, belegte seinen geläuterten Charakter mit dem Einsatz für die gute „westliche“ Sache und konnte zudem 2006 bei einer Fußball-WM Siege einfahren, die jetzt – endlich – zu vollem Nationalstolz berechtigten und das Bild der Nation veränderten. Merkels Willkommenskultur fügte dem die letzten Pinselstriche hinzu: Diese Nation ist humanitär bis auf die Knochen, braucht nicht mehr in Sack und Asche zu gehen und kann bzw. muss auf dem Globus gegen alle Miesmacherei von gestern Verantwortung übernehmen. Wenn Butterwegge und Co. zur Geschichtspolitik der AfD schreiben „Nicht die Umdeutung des Fa-

schismus, sondern sein Verschwinden aus der Öffentlichkeit wird angestrebt“ (Butterwegge u.a. 2018, 119), dann trifft das insofern zu, als es einen nationalen Konsens wiedergibt, der sich in Deutschland mit dem Ende des 20. Jahrhunderts herausgebildet hat und demzufolge nicht mehr die Schandtaten der NS-Zeit der Bezugspunkt des Nationalbewusstseins sind, sondern die geläuterte Nation.

Der Treppenwitz ist, dass die AfD genau auf diesem neuen Nationalstolz und -bewusstsein aufbaut und so der Hauptprofiteur der Merkel-Jahre ist: Wenn der Deutsche schon erhobenen Hauptes vor die Völkerfamilie tritt, darf die nationale Gewissenserforschung auch mal wieder zurückstehen. Dann bekennt man sich eben zur Nation als Höchstwert. Und für diese Aufgabe, die damit doch einen folgenreichen Schritt weitergeht, will die AfD ihre Stiftung mit ihrem groß angelegten Bildungsprogramm einsetzen. Früher griff sie zwar die politischen Stiftungen als verdeckte Form der Parteienfinanzierung massiv an, aber jetzt kann sie das Geld gebrauchen, hat sogar versucht, früher als üblich an die Fleischtöpfe zu kommen (vgl. Das Parlament, Nr. 25-26, 2018). Vor allem braucht sie ein Instrument, um das Volk zu formieren, denn es ist ja in seinem faktischen Zustand nicht das, was der AfD vorschwebt. Es muss auf den Wert Deutschtum ohne jede Relativierung verpflichtet werden.

## **Neue Leitbilder braucht das Land**

Solche Verpflichtungen haben natürlich mit Aufklärung über die Konstitution von Nationalstaaten oder mit der Eröffnung eines Diskurses übers Zusammenleben am hiesigen Kapitalstandort nichts zu tun – also nichts mit dem, was eine aufgeklärte politische Bildung als Ziel kennt. Insofern ist die Kritik aus Politikdidaktik oder politischer Bildung nachvollziehbar (vgl. Butterwegge u.a. 2018, 116ff; Knuth 2018; GEW 2018). Desiderius-Erasmus ist angetreten, damit das Land neue Leitbilder erhält und die bislang dominierenden – ob es jetzt den „Schuldkult“ oder Gender Mainstreaming betrifft – überwunden werden. Die AfD, die in der staatlich gelenkten Bildungsarbeit neben der „Lügenpresse“ eine entscheidende Manipulationsinstanz sieht, will dieses wuchtige Instrument den regierenden „Volksverrättern“ entreißen, um es für ihre eigenen Zwecke einzusetzen: Nation, traditionelles Familienbild, preußische Tugenden müssen wieder im Volksbewusstsein verankert werden – koste es, was es wolle.

„Politische Bildung ist unser Kernanliegen“, heißt es auf der DES-Website, wobei der Stiftung besonders die „staatsbürgerliche Bildungsarbeit“ am Herzen liegt. Letzteres ist natürlich, worauf Polis-Redakteur von Olberg (2018) hinwies, nicht nur eine Reminiszenz an die beginnende Staatsbürgerkunde zur Zeit des Eisernen Kanzlers Bismarck, den man in der AfD überhaupt schätzt (s. Butterwegge u.a. 2018, 117), sondern – wie im Erlass der Bundeszentrale für politische Bildung noch bis 2000 formuliert – eine Beschränkung auf die wirklichen Volksangehörigen, auf diejenigen, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Für die

AfD ist politische Bildung ein Thema von hoher Priorität, weil es ihre nationale Krisendiagnose und Rettungsstrategie betrifft. Das war schon im Vorwahlkampf 2017 Thema einer Recherche, die im Auftrag eines Bildungsverbandes zu den Landesaktivitäten der Partei in Sachen politische Bildung durchgeführt wurde (s. Schillo 2017a). Die Deutschen leben der AfD zufolge in einer Art Unrechtsregime, in dem sich die „unantastbare Volkssouveränität als Fundament unseres Staates als Fiktion herausgestellt“ hat, wie es im Parteiprogramm heißt. Dass der Demokratieabbau fast unwidersprochen über die Bühne geht, ist laut Wahlprogramm das Werk einer quasi totalitär agierenden politischen Klasse, die die Meinungsbildung zentral steuert: „Heimlicher Souverän in Deutschland ist eine kleine, machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden politischen Parteien ausgebildet hat. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Diese Oligarchie hat die Schalthebel der staatlichen Macht, der politischen Bildung und des informationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung in Händen.“

Dass die AfD in diesem Konstrukt der Bildungsarbeit einen prominenten Platz zuweist, ist Teil eines strategischen Konzepts. Es geht ihr nicht darum, die Lage abzubilden, sondern Schuldige zu identifizieren: neben den „Volksverrättern“ an der Macht die „Volksverführer“, die ihnen zuarbeiten. Mit der Realität der Bildungsarbeit – die natürlich vom Staat gefördert und beaufsichtigt wird, auch wenn sie in „freier“ Trägerschaft stattfindet – hat das kaum etwas zu tun. Alle Expertisen, Umfragen oder Evaluationen der letzten Jahrzehnte sind sich darin einig, dass politische Bildung, wie sie hierzulande in ihren verschiedenen Abteilungen betrieben wird, außerhalb und innerhalb der Schule, in Jugend- oder Erwachsenenbildung, gerade nicht die Bevölkerung im Griff, sondern die größte Mühe hat, sie zu erreichen.

Es muss aber eine Manipulation des guten deutschen Volkskörpers stattgefunden haben, so die AfD: Das Volk, das ihre Berufungsinstanz ist, denkt und handelt mehrheitlich ja gerade nicht im Sinne der Partei, folgt vielmehr antinationalen Kräften. Wenn ein rechter Politiker beim Blick ins gesellschaftliche Leben die Volksgemeinschaft vermisst, wird er nicht an seinem Ideal irre und nimmt etwa soziale Gegensätze und Kollisionen zur Kenntnis, sondern wirft eine Schuldfrage auf. Er fahndet nach Kräften, die den wahren Zusammenschluss der Volksgenossen verhindern, und kann logischer Weise nur in einem Einfluss, der letztlich aufs Konto des Auslands oder der Ausländer geht, fündig werden sowie in einheimischen Komplizen, die dem ihre Hand leihen. Das deutsche Volk ist eben verführt, und zwar durch die volkspädagogische Indoktrinierungskunst einer professionellen Truppe.

Dieses wuchtige Steuerungsinstrument muss man also in die eigenen Hände bekommen. Daher auch das besondere Engagement der AfD, auf Landesebene Schulen, Politikunterricht und unliebsame Lehrkräfte ins Visier (vgl. GEW 2018) oder auf kommunaler Ebene, wie zuletzt Benno Hafenegger thematisiert hat (Hafenegger u.a. 2018), Einfluss auf Bildungsprogram-

me etwa von Volkshochschulen oder in der Jugendarbeit zu nehmen. Angriffspunkte der Alternativ-Deutschen sind dabei vor allem die Themenfelder Migration/Integration, Kampf gegen rechts und deutsche Erinnerungskultur – wo die bestehenden Leitbilder umgepolt werden sollen. Die Streichung von Mitteln, die Verweigerung von öffentlichen Räumen, die Entfernung linker „Extremisten“ sind für die Partei dann probate Mittel.

Dies auf derselben Ebene zu kontern, kann aber nicht die Lösung sein. Eine Strategie der Ausgrenzung, die etwa der AfD Raumverbote in Volkshochschulen erteilt, hält z.B. der Erziehungswissenschaftler Hafener für kontraproduktiv, wie er jüngst in einem Interview mit dem Volkshochschul-Magazin dis.kurs 3/18 erläuterte; so sehen es auch andere Vertreter der Bildungsarbeit, z.B. Helmut Bremer, Professor für politische Bildung an der Uni Duisburg-Essen (Bremer 2018, 35). In der Tat: Erforderlich ist die Kritik des Nationalismus – Verbieten oder Vereinnahmen machen den Rechtstrend nur schlimmer.



Ob man nun Erasmus von Rotterdam, wie von verschiedenen Seiten geschehen – von der UZ: eine „Unverschämtheit“ (Hager 2018) bis zur FAZ: eine „Unverfrorenheit“ (30.6.2018) –, gegen seine jüngsten Nachfahren aus der AfD in Schutz nehmen soll, ist dagegen eine Randfrage. Möglicher Weise erfolgt ja auch später, was der AfD-Parteitagbeschluss offen lässt, eine Umbenennung zu Stresemann-Stiftung. Die Leidener Professorin Nicolette Mout, Präsidentin einer internationalen Erasmus-Edition, hat immerhin zugegeben, dass die Welt des Renaissance-Menschen Erasmus „nicht modern“ und Toleranz für ihn eher eine bedingte Größe war, dass er sich zudem in den Streitereien der Reformation „nicht auf das freie Wort (berief), sondern auf Autoritäten“ (Mout 2018). Patriot war er wohl nicht, aber ethnisch-religiöse Vorurteile scheinen ihm nicht fremd gewesen zu sein: „Erasmus beschrieb die Juden mehrfach als eine ‚Pest‘, so etwa im Jahre 1517 in einem Briefwechsel: ‚Nichts ist gefährlicher für die Erziehung des Christen als die übelste Pest, das Judentum‘.“ (Wikipedia, Erasmus von Rotterdam, 1.10.18) Dass das christliche Abendland von Eindringlingen und Schädlingen bedroht ist – dieser rassistische Kalauer ist also auch schon 500 Jahre alt!

### Nachweise

- Helmut Bremer, Wie umgehen mit „rechts“? In: Weiter bilden, Nr. 2, 2018, S. 32-35.
- Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Gerd Wiegel, Rechtspopulisten im Parlament – Polemik, Agitation und Propaganda der AfD. Frankfurt/M. 2018.
- GEW – KV Weißenburg-Gunzenhausen, Die AfD und ihre Bildungspolitik. In: Auswege, Online-Magazin der GEW, 30.9.2018, <https://www.magazin-auswege.de/2018/09/die-afd-und-ihre-bildungspolitik/>.
- Benno Hafener/Hannah Jestädt/Lisa-Marie Klose/Philine Lewek, AfD in Parlamenten – Themen, Strategien, Akteure. Frankfurt/M. 2018.

- Nina Hager, Rechte Ideenschmiede – AfD nutzt die Desiderius-Erasmus-Stiftung. In: UZ – Unsere Zeit, 13. Juli 2018.
- Hannah Knuth, Rechter Apparat – Wer steht hinter der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung? In: Die Zeit, 11.7.2018.
- Nicolette Mout, Er war tolerant – Die AfD müsste Erasmus nachträglich verbiegen. In: FAZ, 30.6.2018.
- Hans-Joachim von Olberg, Der Bock wird Gärtner: Desiderius-Erasmus-Stiftung der AfD. In: Polis, Nr. 3, 2018, S. 4-5.
- Johannes Schillo, Für einen schwarzrotgoldenen Schlussstrich – AfD und politische Bildung. In: Außerschulische Bildung, Nr. 2, 2017a, S. 51-57, online: <http://www.adbildungsstaetten.de/content/zeitschrift-ausserschulische-bildung-ausgabe-2-2017>
- Johannes Schillo, Alternative politische Bildung für Deutschland – Die AfD und ihr bildungspolitischer Aufbruch. In: Auswege, Online-Magazin der GEW, 16.6.2017b, online: <http://www.magazin-auswege.de/tag/schillo/>
- Johannes Schillo, Alternative Parlamentsarbeit für Deutschland – Die AfD schreitet zur Tat. In: Auswege, Online-Magazin der GEW, 1.6.2018, online: <https://www.magazin-auswege.de/2018/06/alternative-parlamentsarbeit-fuer-deutschland/>



### **Über den Autor**

Johannes Schillo (\*1949), Staatsexamen in Literatur- und Sozialwissenschaft, Journalist, bis 2015 Redakteur von Fachzeitschriften der (politischen) Weiterbildung.

### **Veröffentlichungen:**

Schillo, J. (2015, Hrsg.): Zurück zum Original. Zur Aktualität der Marxschen Theorie. VSA Verlag

### **Kontakt:**

schillo@t-online.de

---

**AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag**  
 Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht  
[www.magazin-auswege.de](http://www.magazin-auswege.de)  
[antwort.auswege@gmail.com](mailto:antwort.auswege@gmail.com)